

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Bezugspreis: Vierteljährlich Mark ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postcheckkonto: Leipzig 12548.

Helfende Zeitung des Bezirks

Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Sechsgelbaltene Korpuszelle 1/2 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 1/2 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) 1/2 Pf. — Einzelanfertigung und Reklamen 1/2 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 130

Dienstag den 8. Juni 1920.

86. Jahrgang

Freitag und Samstag den 18. und 19. Juni 1920
werden die Geschäftsräume des unterzeichneten Amtsgerichts geschlossen. Er können deshalb an diesen beiden Tagen nur wirklich dringliche Geschäfte erledigt werden.
Dippoldiswalde, am 5. Juni 1920.
V. Rec. 20/20. Das Amtsgericht.

Brennspiritus-Marken
an die Bezugsberechtigten Einwohner mit den Anfangsbuchstaben S bis Z werden
Dienstag den 8. Juni ds. Js. vormittags 11 bis 1/2 12 Uhr im Rathaus ausgegeben.
Stadtrat Dippoldiswalde.

Zur Reichstagswahl.

Dresden. Bei der ruhig verlaufenen Reichstagswahl in Dresden wurden für die einzelnen Wahllokalen folgende Stimmen abgegeben:

Bud (Soz. P.)	91 412	(154 047)
Heinze (D. Sp.)	66 410	(56 526)
Fleischer (U. Soz.)	54 316	(9 638)
Strieker (Zent.)	4 303	(4 771)
Reichert (Dnat. Sp.)	33 763	(30 409)
Kütz (Dem.)	28 694	(45 750)
Hanisch (Laut. Sp.)	81	—
Zeitlin (Romn. P.)	478	—

Nach den bisherigen Ergebnissen im 31. Wahlkreis Dresden-Lautzen sind als sicher gewählt zu betrachten:

Reichert (Deutschnationale Volkspartei),
Heinze (Deutsche Volkspartei),
Görge (Deutsche Volkspartei),
Kütz (Deutsche demokratische Partei),
Bud (Sozialistische Partei),
Schmidt (Sozialistische Partei),
Rahmann (Sozialistische Partei),
Fleischer (Unabh. Sozialist.),
Schürmer (Unabh. Sozialist.)

Chemnitz. Das Wahlergebnis für Chemnitz ist folgendes:
Sozialdemokraten: 58022, Demokraten: 39424, Unabhängige: 6308, Deutschnationale: 26984, Kommunisten: 20 123, Zentrum: 745, Deutsche Volkspartei: 24 484, Deutschsozialisten: 791 Stimmen.

Im Wahlkreis 33, Chemnitz-Zwickau ist das Ergebnis folgendes: Sozialdemokraten: 291 115, Demokraten: 77 813, Unabhängige: 155 692, Deutschnationale: 158 473, Kommunisten: 82 593, Zentrum: 2 448, Deutsche Volkspartei: 150 560, Deutschsozialisten: 1201.

Leipzig. Das vorläufige Wahlergebnis für Leipzig-Stadt ist folgendes: Deutschnationale: 101 000, Deutsche Volkspartei: 124 000, Zentrum: 2400, Deutsche Demokraten: 50 500, Sozialdemokraten: 53 500, Unabhängige: 252 000, Kommunisten: 12 600, Deutschsozialisten: 1800. Gewählt sind 4 Unabhängige, 2 Deutsche Volkspartei, 1 Deutschnationaler, 1 Deutschsozialist und 1 Demokrat.

Berlin. Der Verlauf der Wahlhandlung ist nach übereinstimmenden Berichten in Berlin wie im ganzen Reich ruhig und unter reger Teilnahme vor sich gegangen. Das gilt insbesondere für Tilsit, Barmen und die übrigen Teile des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Auch aus Pommern und insbesondere Stettin und Greifswald sind teilweise bemerkenswerte Meldungen eingegangen. Nachrichten aus Dresden, Leipzig und Chemnitz sowie aus den übrigen Teilen des Reiches gehen ebenfalls dahin, daß von keiner Seite Störungen der Wahl unternommen worden sind. Das gleiche gilt für Schlesien, insbesondere für Breslau. Auch in Aachen verlief die Wahl unter starker Beteiligung ruhig und ebenfalls in Ruhe. Die aus Nordwestdeutschland, u. a. aus Hannover, Braunschweig und Bremen vorliegenden Meldungen halten sich in gleichem Rahmen. Auch die Wahlen in Süddeutschland verliefen, wie aus München und Frankfurt a. M. gemeldet wird, völlig ruhig.

Berlin. Bis morgens 4 Uhr wurden im ganzen Reich gewählt:

Demokraten	995 872	Stimmen,	16	Mandate,
Zentrum	860 516	"	14	"
Sozialdemokraten	2 070 523	"	12	"
Deutschn. Volksp.	915 188	"	15	"
Deutsche Volksp.	1 114 723	"	23	"
Unabh. Sozialdem.	1 156 358	"	24	"
Kommunisten	127 513	"	2	"

Berlin. Das vorläufige Gesamtergebnis der Reichstagswahl für den Wahlkreis II Stadt Berlin stellt sich wie folgt: SPD. 185 641, Zent. 31 301, Dnat. 64 543, Dnat. Sp. 111 700, D. Sp. 141 291, Unabh. Soz. 470 069, Romn. P. 15 169 und Wirtsch. Vereinig. 23 942 Stimmen.

Breslau. Das vorläufige Gesamtergebnis der Reichstagswahl in der Stadt Breslau ergibt für die Soz. 111 220, D. Sp. 42 177, Dnat. Sp. 41 682, Zent. 38 132, Dem. 18 686, USPD. 21 917, Mittelstandsp. 6725 und für die Romn. P. 605 Stimmen.

Ahn. Wahlergebnis: Dnat. Sp. 4446, D. Sp. 23 049, Zent. 60 457, Soz. 46 179, Dem. 6872, Christl. Sp. 6048, USPD. 21 754 Stimmen.

Hamburg. Das Ergebnis aus etwa einem Drittel der Wahlbezirke beträgt für die Soz. 220 000, USPD. 81 000, SPD. 3000, Dem. 95 000, D. Sp. 81 000, Dnat. Sp. 67 000 Stimmen.

Vertikales und Sächliches.

Dippoldiswalde. Trüb und regnerisch verlief der gestrige Sonntag, der Tag, an dem das deutsche Volk erneut an die Urne gerufen wurde, seinen ersten Reichstag auf Grund des von der Nationalversammlung beschlossenen Wahlrechtes zu wählen. In unserer Stadt herrschte vom frühen Morgen an lebhafteste Beteiligung; Man kann wohl ruhig aussprechen, daß die Wahlbeteiligung im allgemeinen (nicht nur bei uns) viel größer war, als man nach der Flaute bei den Wahlversammlungen erwarten konnte. Am Nachmittag traten dann auch die Wahlklepper in Tätigkeit und brachten noch manchen Säumigen zur Urne. In unserer Stadt beteiligten sich 82 % an der Wahl. Am größten war in unserem Bezirk die Wahlbeteiligung in Hirschbach, wo 97 % zur Urne kamen, nur 7 fehlten. Das Wahlergebnis widerte sich glatt ab; kaum die Menge auch manchmal, weil ein Mütterchen nicht recht wußte, was es in der Wahlzelle sollte oder weil dem und jenem erst Belehrungen gegeben werden mußten, so ging die Ansammlung doch immer schnell wieder vorbei. Aber auch sonst herrschte in unserer Stadt Ruhe. Die Wahl wurde in keiner Weise beeinträchtigt oder gar zu verhindern versucht; angeliebte Zeitel manchmal durch Ueberstreichen und andere „Echger“ unentwärtlich gemacht oder entstellt, aufgehängt oder angeschlagene Plakate, die die Unentschiedenen noch in letzter Minute für diese und jene Partei gewinnen sollten, Plakatträger vor dem Rathaus, Stimmzettelverstecker im Rathausflur, das war die Signatur, das übrige Leben wie am Sonntage. Erst am Abend, als die Wahlergebnisse zu erwarten waren und wir die aus unserem Bezirk an unserer Geschäftsstelle zum Ausdruck bringen konnten, herrschte regerer Verkehr in den Straßen. Die Wahlergebnisse des Bezirkes bringen wir im einzelnen an anderer Stelle. Unverkennbar zeigt sich in unserem Bezirk, wie im ganzen Wahlkreis ein Aus nach rechts. Wenn auch durch das vereinfachte Wahlverfahren die Ergebnisse schneller zu erwarten sind als früher, so ist trotzdem ein Ueberblick über das gesamte Wahlergebnis im Reich heute wohl nicht zu erwarten.

Wie wir erfahren, entfielen bei der am 1. d. M. vorgenommenen Wahl eines weltlichen Abgeordneten zur 11. ordentlichen Landtagssynode im 6. Wahlbezirk auf Herrn Amtsgerichtsrat Kluge in Frauenstein 161 Stimmen, auf Herrn Kantor Rood in Altenberg 135 Stimmen, auf Herrn Kitzmeister a. D. a. Rittschau in Bärenstein 2 Stimmen. Herr Amtsgerichtsrat Kluge ist somit als gewählt zu betrachten.

Erster Sonntag ging im Eonvikttheater vor einem vollen Hause der Schwanz „Ein tolles Liebesmännchen“ über die Bretter, recht flott gespielt. Die grillose und energische, im Grunde aber herzlich gute Komödie Wieland wurde von Fräulein Löwensthal bestens wiedergegeben, während die Gestalt des Barons von Müller durch Herrn Frid sehr gut vertreten war. Herr Hauptmann nahm sich als Heinz Wieland gut aus und Fräulein Kamnitz schloß sich in der Rolle der Tochter des Barons glücklich wohl. Abend verliefen besonders noch hervorgehoben zu werden die komische Gestalt der Rächin Marie, die Fräulein Schrogmann ausgezeichnet wiedergab, und der schnelle Herrreichliche Oberleutnant Alexander Hanska, dessen treue Wiedergabe, besonders auch des Wiener Dialekts, Herr Direktor Lauterbach vorzüglich gelang. Die übrigen Rollen waren ebenfalls in guten Händen. Das Publikum lachte viel und zeigte durch seinen großen Beifall, wie gut das Spiel gefiel.

Schmiedeberg. Dieser Tage fand hier eine Versammlung der Rüstfabrikanten der Umgebung statt, zu der auch der Verbands-Geschäftsführer erschienen war, der eingehend über die Gegenwartsfragen der Rüstindustrie berichtete. Nach eingehender Aussprache schlossen sich die Erschienenen zu einer selbständigen Ortsgruppe zusammen.

Ruppendorf. „Volkswillensherden, rotz und wölfer

Schreden“, so geht es heute allenthalben herum. Herr Lehrer Schenkel-Sabisdorf schenkt uns in seinem „Malerwelt“ auf der Bühne einen neuen, aber ungefährlichen und humoristischen, den Malerschreden. Seine Maler sind unverwundlich, in der Arbeit, in der Liebe, wie auch im Humor. Und wenn sie mit Ernst arbeiten, dann lacht alles. Sie finden auch überall Arbeit in ihrem Berufe, beim Kaffeetrinken, bei Besuch usw. Es ist, als wären sie vom Arbeitsfieber befallen. (Kann's das heute überhaupt noch geben?) Sie können aber auch alles, selbst das Wäschewaschen und -trodnen, und singen ihr Liedchen dazu. Und sind sie einmal bei der Arbeit, so vergessen sie Essen und Trinken. (Sollt' jeder dieser Achtstundentag!) Doch wenn's an die Wagenfrage geht, sind sie hungrier als alle anderen Sterblichen. Dann vertragen sie sogar Butter, Quark und Würste vom Bande, wenn sie auch sonst starke Vorliebe für „trodenen Ham“ haben. Dabei arbeiten sie fürchterlich billig, so billig, daß der künftige Schwiegervater einen Punkt macht. Doch die Politik läßt überall. Und die politische Malerei ist das Heiltsproblem: „Liebe endet nicht zuletzt mit Weide, denn sie kriegen sich doch beide.“

Tharandt. Ein Kostenanschlag auf Auswechslung und Verlegung der Heiligen Wasserversorgungsrohre von der Warnsdorfer Quelle bis zur Schachtelung beläuft sich für die kurze Strecke auf rund 425 000 M., während sie im Frieden auf rund 8000 M. veranschlagt war.

Chemnitz. Mit einer schlichten Feier wurde die Weihe der neuen Glocken der St. Andreaskirche vollzogen. Die drei neuen Glocken haben einen Anschaffungswert von rund 50 000 M.

Hannberg. Vom 65 Meter hohen Turm der Annenkirche haben sich zwei Mädchen, 17 und 22 Jahre alt, abgesetzt. Bisher wollten sie auf dem zurzeit hier stattfindenden Volksfest, Rät genannt. Beide waren natürlich sofort tot.

Lugau. Zwischen dem Bergbaulichen Verein Zwickau und Oelsnitz-Lugau und den Bergarbeitern dieser Reviere ist eine Verständigung erzielt worden, daß keine allgemeine Schließloshöhe eintritt und der Durchschnittslohn für Häuer 48—51 M. für die Schicht verbleibt, dagegen das Ringerlohn verdoppelt und die achtstündige Schicht wieder angestrebt werde.

W. Bernstadt. Die „letzte Post“. Ein Stück guter aller Zeit ist auf würdige Weise mit der Personenpost abgebaut—Bernstadt ist jetzt verschwunden. Diese Post verkehrte seit dem 1. Okt. 1870. Trotz aller Bemühungen um ihre Beibehaltung ist sie mit dem 1. Juni eingezogen worden. Aus Anlaß der letzten Fahrt waren Postwagen und Pferde geschmückt.

Gera. Der Stadtrat hat beschlossen, die Dachgeschosse zu Wohnzwecken auszubauen, um der Wohnungsnot zu steuern. In einer Hausbesitzerversammlung wurde dazu Stellung genommen. Die Hausbesitzer sollen für diesen Zweck Unterstützung erhalten. Die Versammlung lehnte das Ansuchen des Stadtrates ab, so daß nun der Ausbau zwangsweise vorgenommen werden soll.

Letzte Nachrichten.

Die Ernteaussichten.

Berlin, 5. Juni. Auf die Frage, wie man den Stand der Ernte zurzeit beurteilen könne, erwiderte der preussische Landwirtschaftsminister Braun, daß man infolge der günstigen Witterung, wenn das Wetter zur Erntezeit nicht schlecht würde, zum mindesten mit einer befriedigenden Mittelernte, wahrscheinlich aber mit einer reichlichen, rechnen könne.

Eine Konferenz der Alliierten in Brüssel?

Paris, 5. Juni. Aus Rom wird gemeldet: Auf Veranlassung Italiens werden die Alliierten sich wahrscheinlich am 18. Juni in Brüssel zu einer Besprechung zusammenschließen. Die Ministerpräsidenten von Italien, Belgien, Frankreich und England werden an dieser Besprechung teilnehmen und sich von Brüssel nach Spa begeben, um dort voraussichtlich am 21. Juni mit dem deutschen Reichkanzler zusammenzutreffen. Japan wird an diesen Besprechungen nicht teilnehmen, da es an der Frage der Entschädigung nicht interessiert ist.

Vorläufiges Wahlergebnis im Bezirke.

	St. P. (Stimmzettel)						
Dippoldswalde	376	805	474	3	265	298	38
Ellenberg	279	138	230	—	21	58	28
Bärenstein	28	33	100	1	56	30	4
Freuenstein	39	130	108	—	155	131	—
Geißig	191	237	66	—	67	111	21
Glashütte	294	239	365	—	101	391	14
Saurenstein	123	60	46	—	112	82	8
Hammelndorf	8	31	9	—	69	16	—
Bärenburg mit Stichsprung	35	128	10	—	63	15	—
Bärenfels	23	115	7	—	61	39	—
Bärenklau-Rauhsh	11	15	66	—	32	9	—
Bärenstein	12	12	79	1	114	10	1
Beerwalde	30	12	29	—	112	4	—
Werrenth m. Seifen, Paulsdorf, Walter	78	37	42	—	89	26	—
Waldsiedlung	—	3	1	—	51	—	—
Bärenh. v. Lauenstein	12	2	6	—	72	—	1
Bärenh. v. Postendorf	65	25	31	—	61	5	—
Bärnersdorf mit Sennewald	80	16	—	—	176	1	—
Borsas	86	38	43	—	99	3	—
Brettau mit Deißgrund	11	14	2	—	81	17	7
Buckeburg	50	45	32	—	247	13	—
Bunnersdorf	13	13	35	—	169	22	2
Dittersdorf	43	47	13	—	155	—	—
Dittersdorf	42	55	45	—	172	15	3
Dobra	6	5	8	—	85	13	2
Dönschen	80	10	98	—	2	1	2
Falkenberg	22	21	27	—	107	20	—
Freibergsdorf	9	31	7	—	191	—	—
Fürsten m. Mühlitz und Goltze	20	5	21	—	85	21	—
Fürstewalde mit Kudolphsdorf	47	7	7	—	118	20	2
Gombjen mit Wittgenndorf	21	20	41	—	113	19	—
Großh. v. Mühlitz	270	155	85	—	127	20	2
Hähnchen	167	34	124	—	64	25	2
Hartmannsdorf	40	64	78	—	172	18	—
Hausdorf	4	8	15	—	90	1	6
Heinersdorf	31	72	35	—	106	10	—
Hermdorf b. D.	6	5	8	—	55	5	—
Hermdorf i. Erzgeb.	35	65	43	—	112	98	—
Hirschbach	13	38	2	—	87	32	—
Hörsdorf	110	141	197	—	213	1	—
Hölzhan	24	58	29	—	57	—	—
Johnsdorf	49	8	40	—	222	29	2
Kipdorf	48	170	35	—	45	38	5
Kleinobritzsch	6	16	17	—	115	2	—
Kleinobritzsch	50	5	107	—	25	2	—
Kreitzsch	234	195	206	2	190	24	17
Kriebitzsch	9	8	1	—	192	3	1
Kriebitzsch	19	8	1	—	58	21	3
Kuchan	7	7	12	—	117	7	—
Kühnau m. Galtz	61	29	214	—	102	12	9
Kühnau	48	125	39	—	333	29	—
Kühnau	41	26	77	—	36	26	—
Kühnau	2	3	11	—	71	22	1
Kühnau	64	29	56	—	2	16	—
Kühnau	46	89	74	—	73	39	—
Kühnau	12	18	12	—	39	15	—
Kühnau	41	45	11	—	51	15	—
Kühnau	13	36	17	—	59	9	—
Kühnau	184	112	210	—	114	43	2
Kühnau	110	83	83	—	415	6	—
Kühnau	20	20	45	—	40	24	—
Kühnau	71	258	242	—	71	11	—
Kühnau	41	107	1	—	33	15	—
Kühnau	22	77	20	—	187	17	—
Kühnau	60	59	71	—	358	30	—
Kühnau	14	2	8	—	36	8	—
Kühnau	69	71	64	—	141	44	10
Kühnau	36	15	21	—	97	29	—
Kühnau	—	21	16	—	112	2	—
Kühnau	138	41	92	—	126	19	—
Kühnau	39	30	63	—	97	18	—
Kühnau	32	79	2	—	82	3	—
Kühnau	38	39	23	—	16	3	64
Kühnau	481	860	431	—	11	142	2
Kühnau	23	69	24	—	110	2	—
Kühnau	117	145	50	1	123	32	7
Kühnau	7	99	14	—	24	18	—
Kühnau	50	13	22	—	21	9	1
Kühnau	18	12	14	—	45	1	—
Kühnau	98	34	31	—	78	13	—
Kühnau	6	1	6	—	64	17	—
Kühnau	50	30	13	—	70	5	—
Kühnau	196	53	148	—	48	13	1
Kühnau	60	70	31	—	14	23	10

Ges.: 5415 5697 5445 8 8086 2550 276

Der Reichsminister ordnete telegraphisch die Bewegung des 207. Regiments von Oldenburg an, weil ein Unteroffizier einen Revolver erschossen hatte.
Bayern und Koburg haben Klacht auf eine gute und frische Wente, auch für Kopfen, LOR und Bots.

Brief aus der Reichshauptstadt.

— Berlin, im Juni 1920.

Der Wahltag ist vorüber. Die ersten Ergebnisse des heißen Wahlkampfes sind bereits bekannt, auf das Gesamtergebnis wartet jeder einzelne Wähler mit großer Spannung. Doch bald wird sich die Erregung legen, und nur die kümmerlichen Reste der Wahlplakate und der zahllosen Flugblätter erinnern an die heißen Wahlkampfstage.

Wie überall im Reich, verlief der Wahlkampf auch in Berlin in diesem Jahre verhältnismäßig friedlich. Die Beteiligung an den Wahlveranstaltungen ließ vielfach sehr zu wünschen übrig. Viele blieben ihnen fern, denn für sie stand es ja, wie sie sagten, schon längst fest, welchem Kandidaten und welcher Partei sie ihre Stimme geben würden. Viele angličhen Gemüter erschienen aber auch deswegen nicht in den auch in diesem Jahre von allen Parteien in großer Zahl veranstalteten Wahlveranstaltungen, weil sie einen ähnlichen Verlauf wie im Revolutionsjahre 1919 vor der Wahl zur Nationalversammlung befürchteten. Damals war es doch oft sehr, sehr bunt und ungemütlich hergegangen.

In diesem Jahre war es aber bei weitem nicht so schlimm. Allerdings ist es in den letzten Tagen vor der Wahl, die den Höhepunkt des Wahlkampfes bildeten, verschiedentlich zu wilden Szenen gekommen. Alle Parteien hatten Versammlungen veranstaltet, um noch in letzter Stunde ihren Vorzug zu behaupten und dem Gegner Abbruch zu tun. Gekämpft wurde nicht nur mit Worten. Den Hauptort bildete gewöhnlich ein Wortgeplänkel, dem sich dann bald das „Hausgesetz“ anschloß. Auch festerer Argumente, als da sind Spazierstöcke, Bierseidel und Stuhlbeine wurden ausgiebig in Tätigkeit gesetzt. Doch ging es meistens noch glimpflich ab. Die Opfer des „politischen“ Meinungsaustausches hatten neben zerrißenen Rockmänteln, aufgeschlagenen Hemdbrüsten und zersehten „Möllchen“ in der Hauptsache nur mehr oder weniger arme Schrammen.

Nur diesen zeitweiligen Willkürszenen in den Wahlveranstaltungen stellte sich auf den Straßen noch eine andere friedlichere Art des Wahlkampfes ab. Alle Parteien hatten ihre Wähler mobil gemacht, die Nacht für Nacht mit ihren Kleiderbüchsen und Briefen loszogen, um die verlockenden Wahlaufrufe und Wahlplakate an den Masthäuten, Mauern und Säulen zu verteilen. Hinterher zog dann gleich die Gegenpartei, um die Plakate des Gegners entweder abzureißen oder mit Plakaten ihrer Partei zu überdecken. Da spielten sich mitunter ganz ergötliche Dispute zwischen den Plakattreibern ab. Ganz schlaue und findige Köpfe verstanden es aber, ihrem Konkurrenten ein Schimpfchen zu schlagen, indem sie eine Leiter mit sich führten, um ihre Plakate möglichst hoch und für unentdeckte „Jettelabreiter“ unerreichbar anzubringen.

Am frühen Morgen, wenn dann der Berliner eifrig seiner Arbeitstätte zuelt, konnte er die nächste Arbeit seiner Parteifreunde bewundern. Einige Wahlplakate waren übrigens ganz geschmackvoll und sinnreich, andere, wie die knallrote Faust des Spartakus, die mitten in die erschrockene Gesellschaft dreinschärt, verständlich die Kampfweise der betreffenden Partei deutlich genug und wirkten wohl mehr abschreckend denn als Werbemittel. Auf dem Plakat der K. P. D. spricht einer der ihren zu einer Gesellschaft korrupter Herren im bequemen Klubstüffel. Was aber der Kommunismus zu ihnen spricht, läßt sie vor Schreck aus den Klubstüffeln herausrutschen. Daneben oder darüber steht man das Wahlplakat der Deutschen Nationalen mit dem Kopfe Bismarcks, mit dem Preussischen Adler usw. Eine großartige Propaganda hatte neben der Demokratischen Partei vor allem die Deutsche Volkspartei, die Partei des Wiederaufbaues, wie es den Passanten an jeder Straßenecke entgegenleuchtet, entfaltet. Eigenartig war auch die Wahlplakate der Kandidaten des gesamten Mittelstandes. Es handelte sich um eine Rundgebung der wirtschaftlichen Beteiligung. Circa 20 rotengelackte Wagen zogen in Begleitung einer Musiktruppe die Straßen entlang. Ihre Befahrung verteilte viele Flugblätter. In der Spitze des Zuges fuhr in einem Auto die zehn Kandidaten der neuen Partei.

Selbst auf die taubstummen Wähler und Wählerinnen hatten die Demokraten ihre Propaganda ausgedehnt. Die Kandidaten hielten begesert ihre Wahlreden, die dann von Dolmetschern noch übertragen werden mußten.
Am Wahltag selbst hatte die Sicherheitspolizei die entscheidendsten Maßnahmen zum Schutze der Wahllokale getroffen. Im Wahlkreis Stadt Berlin waren allein an 1500 Wahllokale zu sichern, hierzu kamen noch die Wahllokale der Vororte, in denen die Sicherheitspolizei ebenfalls den Wahlschutz übernommen hatte. Unabhängig von dem gewöhnlichen Streifengang der Sicherheitswachen fand den ganzen Tag über ein ununterbrochener reger Streifengang von Wahllokale zu Wahllokale von den Sicherheitskajernen aus statt. Außerdem erhielt jedes Wahllokale Postierungen von Beamten in Uniform, die eine gewissenhafte Verschönerung des Wahlaktes, Herstellung oder Verschönerung der Urnen und ihres Inhaltes und die Vernichtung der aufgestellten Listen der Wahlergebnisse vorzunehmen sollten.

Die Wahlbeteiligung war ziemlich rege. Immer neue Wählermassen wurden von den Wahlkreisleitern herangeführt. In langen Kolonnen mußten die Wähler, mehr oder weniger geduldig anstehen, bis sie ihrer Wahlpflicht genügen konnten. In etwa zwei Wochen soll das neue Berliner Stadtparlament gewählt werden, da geht der Wahlrummel von neuem los.

Abbau der Zwangswirtschaft.

Beseitigung der Zwangsbewirtschaftung auf die wichtigsten Lebensmittel.

Der planmäßige Abbau der Zwangswirtschaft hat in der letzten Zeit erhebliche Fortschritte gemacht. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft geht dabei grundsätzlich von der Auffassung aus, daß die Zwangsbewirtschaftung aufzuheben ist. Hierzu werden folgende Maßnahmen für die bevor-

zung der Bevölkerung mehr darstellt, und daß die Aufhebung bei Eintritt solcher Verhältnisse mit Nachdruck und Beschleunigung durchzuführen ist. Dabei erscheint es allerdings nicht zweifelhaft, daß die für die Ernährung wichtigsten Nahrungsmittel, wie Getreide, Fleisch usw., zur Sicherstellung der Ernährung der Zwangsbewirtschaftung noch nicht entzogen werden können, und daß für ihre Freigabe ein bestimmter Termin noch nicht ins Auge gefaßt werden kann. Die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung steht also erste Notwendigkeit dem entgegen. Wenn aber die Befreiung der Zwangswirtschaft und die Einschaltung des freien Handels die Sicherstellung der Ernährung nicht gefährden, oder gar eine Verbilligung der Nahrungsmittel zur Folge haben werden, dann soll der freie Handel auch eingeführt werden.

Die Auflösung der Kriegsgesellschaften.
Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat diese Grundfrage bereits in großem Umfang durchgeführt. Ein großer Teil der Kriegsgesellschaften ist bereits aufgelöst, der Rest befindet sich zur Zeit in der Auflösung.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst wird bis zum 1. August ihre bewirtschaftende Tätigkeit ganz eingestellt haben. In Verbindung mit dieser Auflösung wird die Einfuhr von frischem Obst sofort freigegeben werden mit Ausnahme von Zuzusobst und Südfrüchten. Die Einfuhr von frischem Gemüse soll spätestens vom 28. Juni ab erfolgen, wobei ebenso wie beim Obst Vorbehalte, daß Einfuhrbewilligungen und andere Formalitäten notwendig sind, nicht gemacht werden.

Ferner ist die beschleunigte Auflösung der Reichsverteilungsstelle für Nahrungsmittel und Eier angeordnet worden. Desgleichen ist angeordnet worden der beschleunigte Abbau des Reichskommissariates für Fischversorgung. Ueber die Neuordnung der Fischwirtschaft sind Verhandlungen im Gange; im Zusammenhang damit wird der beschleunigte Abbau des Reichsausschusses für Felle und Fette erfolgen. Die Reichsfuttermittelstelle ist vollkommen aufgelöst.

Im Zusammenhang mit dem Abbau der Zwangswirtschaft ist endlich auch noch auf die Neuordnung der Kartoffelversorgung zu verweisen, bei der eine wesentliche Forderung der bisherigen Zwangsbewirtschaftung eintreten soll. Die Sicherung für die Versorgung der städtischen Bevölkerung liegt hier bei den Städten selbst, die spätestens bis zum 19. Juni ihren Bedarf anzumelden haben, sofern sie befreit werden wollen. Der Abschluß von Lieferungsverträgen erfolgt auf Grund dieser Anmeldung.

Der Feind im Land.

Neue französische Ausdehnungen in Oberschlesien.
Infolge der dauernden Uebergriffe der bolschewistischen Agenten und des vielfach herausfordernden Benehmens der alliierten Besatzungstruppen sind die Zusammenstöße der deutschen Bevölkerung mit den Polen und ihren alliierten Vätern in den östlichen Bestimmungen gebieten allmählich eine geradezu alltägliche Erscheinung geworden. Der deutschgesinnten Bevölkerung hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt, die, wenn den Uebelständen nicht bald abgeholfen wird, leicht zu gefährlichen Weiterungen führen kann. Neuerdings ist es in Gleiwitz wieder zu schweren französischen Ausdehnungen gekommen, die in ganz Oberschlesien tiefste Empörung hervorgerufen haben. Ueber den Zwischenfall in Gleiwitz liegt folgende Meldung vor:

Gleiwitz, 6. Juni.

Infolge schamlosen Benehmens einer weiblichen Person gegenüber einem Franzosen, der sie in Schutz nahm, kam es am Abend des Fronleichnamstages in einem hiesigen Tanzlokal zu einer wilden Schlägerei seitens einer großen Anzahl französischer Soldaten, die sich unter Anführung von Waffengewalt Eintritt in die geschlossene Tanzgesellschaft verschafft hatten. Ein städtischer Wachmeister, der beruhigend einwirken wollte, wurde mit den Revolvern aus dem Lokal hinausgedrängt. Danach traten 150 Franzosen, wie die „Preussische Morgenzeitung“ meldet, eine in der Nähe liegende Polizeiwache. Die Beamten wurden sabel zugerichtet, u. a. wurde ein schon am dem Welt gegenüber schwer verletzter Beamter mit dem Seitengewehr gestochen. Auch die zu Hilfe gerufene Sicherheitspolizei geriet mit den Franzosen in Konflikt. Hierbei wurden noch zwei Wachmeister der Sicherheitspolizei und eine Reihe von Zivilisten schwer verletzt. Schließlich ergreifen die Franzosen, um sich der Verantwortung für ihre Taten zu entziehen, die Flucht.

Freitag nachmittag fand eine Prozessverhandlung statt, die von der Gleiwitzer Angelegenheit und der Arbeiterchaft ausging und an der sich die ganze Einwohnerschaft von Gleiwitz beteiligte. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung fordert die Arbeiterchaft die Entwaffnung des französischen Militärs außerhalb des Dienstes, weiter, daß die französischen Militärs sich der Zivilbevölkerung gegenüber korrekt benehmen und daß die französischen Soldaten, die am Fronleichnamstag Zivilpersonen sowie Polizeibeamte mißhandelt haben, auch streng bestraft und die Verletzten aus der französischen Kasse entschädigt werden sollen.

Der Gleiwitzer Magistrat sandte Telegramme an die Regierung, an die Gesandtschaften der Alliierten in Berlin sowie an die Entente-Kommission in Opatowitz mit dem Ersuchen, sofort einzugreifen, da der Magistrat nicht mehr Herr der Lage sei. Es wurde von den französischen Besatzungsbehörden Abänderung des bisherigen Verhaltens verlangt, andernfalls binnen vierundzwanzig Stunden ganz Oberschlesien in den Generalstreik eintreten würde. In der Freitag-Nacht wurden wieder von französischen Soldaten zwei Zivilisten auf dem Krakauer Platz anläßlich eines geringfügigen Wortwechsels erschossen.

Kosten der deutschen Reichsminister für den... Das deutsche Reichsministerkomitee...

Kauf an die obereschlesische Bevölkerung. In der durch die maßlose polnische Agitation hervorgerufene Erregung und die in diesem Zusammenhang erfolgte Ausbreitung der polnischen Propaganda wird aufgefördert, sich nicht durch die Strebellosigkeit von Franzosen dazu hinreißen zu lassen, ihrer Empörung durch Tüchlein Ausdruck zu verleihen. Von den Kommandostellen der Besatzungsbehörden wird andererseits erwartet, daß sie ihre Truppen anweisen, alles zu vermeiden, was der Bevölkerung Grund zu berechtigter Empörung geben könnte. Das deutsche Plebiszitarkommissariat wird bei der Interalliierten Kommission dafür eintreten, daß jeder Übergriff von Angehörigen der Besatzungsgruppen geahndet wird.

Ein Zusammenstoß mit Italienern in Allenstein. Ein ähnlicher Vorfall wie in Gleiwitz ereignete sich in Allenstein. Auch hier kam es bei einem Tanzvergnügen zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Deutschen und Besatzungsstruppen. Ein deutsches Mädchen hatte einen Italiener abgewiesen, worauf er ihr eine Ohrfeige versetzte. Daraufhin wurden die Italiener aus dem Saal geworfen. Das rief eine Schlägerei hervor, bei der ein Italiener in der Notwehr von einem deutschen Sicherheitsbeamten schwer verwundet wurde. Schließlich mußten die Friedensstörer das Schlachtfeld fluchtartig räumen. Die anwesenden Engländer nahmen die Partei der Deutschen.

Das „Bedauern“ der alliierten Kommission. Anlässlich der blutigen Vorgänge in Beuthen (Oberschlesien) erschien der Vorsitzende der interalliierten Kommission, General Le Rond, mit dem englischen Obersten Percival und dem italienischen Kommissar Bassini im Doppelner polnischen Konsulat und sprach über die Vorgänge vom 2. Mai der polnischen Regierung das Bedauern der interalliierten Kommission aus. Im Anschluß daran wurde unter Salutschüssen der französischen Truppen der polnische Adler, der seitenerzeit vom Konsulat heruntergerissen und ins Wasser geworfen worden war, wieder angebracht. Kurz darauf veranstalteten patriotische Deutsche eine Gegenkundgebung.

Die Abgeordneten der Abstimmungsgebiete.

42 Abgeordnete behalten vorläufig ihre Mandate. Für Schleswig-Holstein, wo die Grenzfestsetzung noch nicht erfolgt ist, sowie in Ostpreußen und Oberschlesien, wo die Volksabstimmung noch nicht vorgenommen ist, werden die für die Nationalversammlung gewählten Abgeordneten so lange ihr Mandat auch in dem neugewählten Reichstag behalten, bis auch in diesen Gebieten Wahlen möglich sind. Dem neuen Reichstag werden also provisorisch angehören die bisherigen 11 Abgeordneten für Schleswig-Holstein, die 14 Abgeordneten für Ostpreußen und die 15 Abgeordneten für Oberschlesien, ferner ein sozialdemokratischer und ein demokratischer Abgeordneter für das westpreussische Abstimmungsgebiet. Einer ähnlichen Regelung in Eupen-Malmédy und im Saargebiet stehen die Friedensbedingungen entgegen.

Dem neuen Reichstag werden also bis auf weiteres folgende Abgeordnete der bisherigen Nationalversammlung als Mitglieder angehören:
Für den Wahlkreis 1 (Provinz Ostpreußen) die Deutschnationalen Richter und Behrens, von der Deutschen Volkspartei Graf zu Dohna, vom Zentrum Dr. Fleischer, die Demokraten Siehr, Brönnner und Hartig, die Sozialdemokraten Braun, Frau Kähler, Häbbering, Wolff, Schulz, Koydur und Steinhoff.
Som Wahlkreis 2 (westpreussisches Abstimmungsgebiet) der Sozialdemokrat Gehr und der Demokrat Weinhausen.

Som Wahlkreis 10 (Reg.-Bez. Oppereln) der Deutschnationale Hartmann, der Demokrat Bohlmann, die Sozialdemokraten Dörfling, Frau Hauke, Wölfer, Blas, Beder, die Mitglieder des Zentrums Ullrich, Henschel, Ehrhardt, Ditta, Javobski, Szepanski, Szyska, Olszki.

Som Wahlkreis 14 (Provinz Schleswig-Holstein und die zu Oldenburg gehörige Provinz Ostsee) der Deutschnationale Oberführer, von der Deutschen Volkspartei Kuntze, die Demokraten Waldstein, Blund und Fr. Baum, die Sozialdemokraten Begler, Frahm, Frau Schröder, Wöhlert und Lürbis.

Das Vorspiel von Spa.

Vorbereitungen in London und Spa. Nach Meldungen aus London ist es wahrscheinlich, daß eine Konvention der Verbündeten vor der Konferenz von Spa in Belgien zusammentritt, höchstwahrscheinlich in Spa. In antichristlichen Kreisen hofft man, daß Alexander von dieser Konvention nochmals zur Beratung mit Lloyd George nach London kommen werde.

Der Kampf um die Ausschüttungssumme. „Echo de Paris“ meldet: Herr Kewenig, der Finanzminister der französischen Regierung in London, ist nach England abgereist. Er wird dort die technischen Verhandlungen weiterführen, die in San Remo und Spa über die Ausschüttung des Friedensvertrages begonnen worden sind. Es ist möglich, daß in den nächsten Unterredungen das Prinzip der Ausschüttungsumme aufgegeben wird und daß man zu dem System der Jahreszahlungen, wie es in San Remo vorgeschlagen wurde, zurückkehren wird. Die Ausgabe unserer Unterhändler ist lang und mühsam, und es ist wenig wahrscheinlich, daß das Datum des 21. Juni, das zuerst für die Konferenz von Spa festgesetzt wurde, auch eingehalten wird. Italien, das in der Konferenz des Obersten Rates am 28. April 1919 nicht vertreten war, in der festgesetzt wurde, in welchem Verhältnis die deutschen Zahlungen zu leisten und wie sie unter den Mächten zu verteilen sind, müßte durch die Verhandlungen haben. Müßte durch die Zahlungen, die es den Teil, der ihm zugewiesen wird, nicht ausbezahlen kann.

eine andere Teilung. Im selben schwierige Debatten bevor.

Politische Rundschau.

Berlin, 5. Juni 1920.

Bei einer Bahreide in Berlin erklärte es Reichskanzler Müller abermals als ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei in irgendeiner Koalition eintrete.

Der Kommandeur des Befreiungskommandos 4, Generalleutnant von Helmreich hat an die sächsische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er betont, daß die Wehr durch das Verbot des Verfassungskommissariats und der Führung von Waffen und Ordnung mit allen Mitteln verhindert werde.

Die Untersuchung per in die bayerische Reichswehr hat in keinem einzigen Falle ein verfassungswidriges Verhalten von Reichswehrgenossen während der Kampfzeit nachgewiesen.

Der Präsident J. D. Haber ist zum Präsidenten des Reichsausschusses ernannt worden.

Die Abstimmung in Bayern soll nach der Ostrober Zeitung am 11. Juli stattfinden. In amtlicher Stelle ist hierüber nichts bekannt.

Die Justizkommission des alliierten Rates hat die zweite Liste der von Deutschland abzurückenden Kriegsverbrecher fertiggestellt; die neue Liste enthält fünfzig Namen.

Keine Gefährdung Ostpreußens. Nach den im Reichswahrministerium eingelaufenen Berichten über die militärische Lage im Osten befinden sich zurzeit die russischen und polnischen Streitkräfte im Gleichgewicht; kein befindet sich noch in den Händen der Polen. Für die Aufstellung einer neuen offenkundigen russischen Armee kann im Augenblick nicht gedacht werden. Eine Gefährdung Ostpreußens durch eine rote Armee ist als unwahrscheinlich zu betrachten.

Die Grenzpolizei im besetzten Gebiet. Die Hohe interalliierte Rheinlandkommission hat den Artikel 25 der Verordnung folgendermaßen geändert: Alle deutschen Militärpersonen, Polizisten, Feuerwehler- und Postbeamten müssen, wenn sie in Uniform sind, die Fahnen der verbündeten Mächte grüßen; Offiziere müssen die Offiziere der verbündeten Mächte im gleichen oder höheren Range grüßen; alle anderen Deutschen in Uniform müssen alle Offiziere grüßen.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus Ostpreußen. In Kopenhagen hat sich ein Komitee gebildet, das für die Heimführung der deutschen, österrussischen und türkischen Kriegsgefangenen aus Sibirien arbeitet. Es will eine große Sammlung veranstalten. Der Rücktransport der Gefangenen erfordert außerordentliche Geldmittel, da die Heimführung jedes Gefangenen ungefähr 1000 Kronen kostet. Schon jetzt haben sich 90 Tausende aus allen Teilen der Welt bereit erklärt, Beiträge für die Rückführung der Gefangenen entgegenzunehmen. Das Komitee stellte sich Professor Gristhof Hansen zur Verfügung, der bekanntlich die Arbeiten für die Heimführung der russischen Kriegsgefangenen leitet.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz. Der Direktor Foenstle, Vorsitzender des Deutschen Wirtschaftsverbandes, Generaldirektor Bogler und Geheimrat Bielke vom Direktorium der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp sind vom Reichskanzler telegraphisch aufgefordert worden, sich nach Paris zu begeben, um bei den dortigen Wirtschaftskonferenzen gemeinsam mit Hugo Stinnes die Interessen der deutschen Eisenindustrie wahrzunehmen.

Protokoll Flensburg gegen die Clausenke Linie. In der letzten Sitzung der sächsischen Kollegen in Flensburg wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die sächsischen Kollegen in Flensburg erheben einmütig nochmals und auf das schärfste Einspruch gegen die Clausenke Linie. Sie entspricht nicht dem nationalen Bestehenden und wird zu dauernden Streitigkeiten zwischen beiden Völkern Anlaß geben. Bei der Festsetzung dieser Grenze wird eine abschließende Revision des Friedensvertrages unvermeidlich sein. Wir verlangen, daß die Reichsregierung jede Forderung ablehnt, die über den Friedensvertrag hinausgeht. Diese Entschließung wurde der Reichsregierung telegraphisch übermittelt.

Ergebnisse gegen Erzbergers Kandidatur. In einer Zentrumsversammlung in Wien erklärte, wie der Berliner Presse gemeldet wird, der Vorsitzende des Reichszentrums, Geheimrat Erzberg, zur Erzbergerfrage, daß der Reichsausschuß mit 49 gegen 10 Stimmen beschlossen hätte, Erzberger zu bitten, ein Mandat nicht mehr anzunehmen. Bedauerlich sei, daß Erzberger diesem Wunsch nicht gefolgt sei. Hätte er das persönliche Opfer gebracht, würde er der Zentrumspartei damit einen großen Dienst erwiesen haben. Nunmehr müßte die Entscheidung der Fraktion abgewartet werden. Es wäre nicht zu verantworten, wenn Erzberger wegen seiner Person es auf eine Spaltung der Partei ankommen lassen wollte.

Der gotthardische Schulerlass zurückgezogen. In Göttingen hatte die Schuldverwaltung im vergangenen Herbst das Schulgesetz vor und nach dem Unterricht, jede Schulanbahn, die Pensurerteilung und die Prüfung in der Religion durch einen Erlaß unterlagert. Jetzt hat die Landesregierung auf Anweisung des Reichskommissars diesen Erlaß förmlich zurückgezogen.

Ein väterlicher Abstimmungs-Kommissar. Die „Oberschlesische Grenzzeitung“ meldet aus Warschau: Die polnische Regierung hat aus Rom die amtliche Benachrichtigung erhalten, daß der päpstliche Nuntius Erzbischof Ratti auf Grund eines besonderen päpstlichen Dekrets vom 26. April zum väterlichen Abstimmungs-Kommissar für Oberschlesien, Ostpreußen und Westpreußen ernannt worden ist.

Der erste katholische katholische Staatsober-Beauftragter. Der Wahl hat durch eine am 1. Juni veröffentlichte Enzyklika des Papst Pius XI. erlassene Verbot der Kommission katholischer Staatsober-Beauftragter so bedeutend gemindert, daß es als tatsächlich außer Wirksamkeit gesetzt gelten kann. Der „Berliner“ zufolge dürften der Staatspräsident von Polen, und Ludovik das beherrschende Mitglied die ersten

katholischen Staatsober-Beauftragter sein, die Rom, d. h. den italienischen Hof und gleichzeitig den Papst, besuchen werden.

Entschädigung der Elsaß-Lothringer. In folgenden Punkten haben die am 9. Januar ergangenen Richtlinien für die Genährung von Vorkäufen usw. für Schäden Deutscher in Elsaß-Lothringen eine Abänderung erfahren: Vorkäufe und Vorkäufe werden hinfort bis zu Dreiviertel des Schadens gewährt werden. Beträgt dieser nicht mehr als 15 000 Mark, so ist eine Abfindung in voller Höhe möglich. Unterabfindungen können regelmäßig bis zu 10 000 Mark gewährt werden, vorbestimmlich einer Erhöhung in besonderen Fällen.

Der deutsche Schadenersatzanspruch für Frankfurt a. M. Aus London wird gemeldet, daß ein amtlicher deutscher Zinsanspruch, den die Marconi-Gesellschaft aufgefungen hat, besagt, daß die Berliner Regierung von Frankreich als Schadenersatz für die Belegung von Frankfurt am Main 9 250 000 Mark verlangt. Falls Frankreich die Bezahlung verweigert, wird das Belangen in Spa vorgebracht werden.

Vorbereitungen zur Spa-Konferenz. Graf Storza, Unterstaatssekretär im italienischen Ministerium des Auswärtigen, ist nach London abgereist, um der britischen Regierung den italienischen Standpunkt hinsichtlich der Verteilung der Wiedergutmachungssumme mitzuteilen. Vor der Konferenz in Spa werden nach den Blättern auf Ansuchen Italiens die Regierungshäupter von Italien, Belgien, Frankreich und England wahrscheinlich am 18. Juni zusammenzutreten. Japan wird an der Konferenz von Spa nicht teilnehmen, da die dort zu behandelnden Fragen es nicht berühren.

Polonisierung Oberschlesiens. Das Amtsblatt der alliierten Kommission in Oppereln enthält eine Verordnung, wonach zum Schutze der polnischen Bevölkerung den Landräten polnische Beiräte beigegeben werden, die das Recht haben, sämtliche Akten einzusehen und gegen die Verfügungen der Landräte Protest zu erheben. Bei der Schulverwaltung der Regierung in Oppereln soll ein höherer polnischer Schulrat mit demselben Recht wie die Beiräte bei den Landräten arbeiten. Ebenso erhalten die Kreisbehörden Inspektoren der Beförderung eigene Kontrollen.

Deutsche Offiziere zu Zwangsarbeiten verurteilt. Die Gavas aus Weiden, hat das Kriegsgericht in Weiden verurteilt: den Oberst Adolf vom 68. Inf.-Regt., der beschuldigt war, zwangsweise landwirtschaftliche Maschinen in Spa requiriert und sie an Soldaten weiter verkauft zu haben, zu zehn Jahren Zwangsarbeit und 5000 Brand Geldstrafe, den Major von Mantaußel vom 112. Inf.-Regt., der beschuldigt war, auf Schloss Römecourt Wäsche, Silber, Wein und Lebensmittel entwendet zu haben, zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit, sowie einen Bayreuther namens Bauß, der Deputiert gewesen sei, ebenfalls wegen Entwendung in Farnes in den Kriegsnutzen zu zehn Jahren Zwangsarbeit, eines Feldwebel namens Altmayer vom Gefangenenlager in Hagen wegen angeblicher Mißhandlung zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit sowie vier seiner Untergebenen zu je zwei Jahren Gefängnis. — Die Meldung über die Verurteilung des Ingenieurs Imhoff (Badwigschafen) zu sechzehn Jahren Zwangsarbeit durch das französische Kriegsgericht in Lille entspricht nicht den Tatsachen. Das Kriegsgericht Lille hat sich für unzuständig erklärt; Imhoff ist zur Verurteilung nach Chalons sur Marne geführt worden.

Die Abstimmung im Regierungsbezirk Allenstein am 11. Juni. Der deutsche Reichs- und Staatskommissar für das ostpreussische Abstimmungsgebiet in Allenstein teilt mit, daß die interalliierte Kommission folgende Verordnung erlassen hat: Auf Grund der Artikel 94 und 95 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 und auf Grund des Artikels 1 des Abstimmungsreglements vom 14. April 1920 wird Sonntag, 11. Juni 1920, als Tag der Abstimmung im Regierungsbezirk Allenstein und im Kreis Dießen festgesetzt.

Belagerungszustand in Griechenland. „Corriere della Sera“ meldet aus Athen, daß der Belagerungszustand mit Wirkung vom 1. Juni wieder in Kraft getreten ist. — Über die Gründe der Wiedereinführung des Belagerungszustandes in Griechenland melden die amtlichen Blätter aus Athen: Für Donnerstag, dem Geburtstag des Königs Konstantin, waren gewaltige Volkshuldigungen gegen die Diktatur Venizelos' und für die Rückkehr des Königs geplant. In der griechischen Oppositionspresse wurde offen die sofortige Rückkehr des Königs verlangt. Bedrohlich der durch die Ausbietung großer Polizeisoldaten und Truppenmassen gesicherte Belagerungszustand konnte Venizelos von einem Massenaufstand des unzufriedenen Volkes sichern.

Abtritt des amerikanischen Staatssekretärs Bull. Gavas meldet aus Washington: Staatssekretär Bull möchte sein Abtrittsgesuch ein, das von Wilson angenommen wurde. — Die Demission des amerikanischen Außenministers ist auf die absehnende Haltung des Präsidenten Wilson in der Friedensfrage zurückzuführen.

General Brusilow unter der Anklage des Hochverrats. Die Warschauer Agentur meldet aus Moskau: Auf Befehl des Moskauer Sowjets ist Brusilow nach Moskau gebracht worden, wo er sich wegen Hochverrats zu verantworten hat. Brusilow ist zurzeit in einem Moskauer Kerker untergebracht. — General Brusilow, einer der bekanntesten zaristischen Heerführer, war vor kurzem von den Bolschewiken zum Oberbefehlshaber der Sowjettruppen an der polnischen Front ernannt worden. Nach der Niederlage des Bolschewiken an der Beresina wurde er seines Postens enthoben und unter der Beschuldigung des Hochverrats verhaftet, weil er durch Einleitung der bolschewistischen Offensive westlich der Beresina die Niederlage der Sowjetarmee verschuldet habe.

Rundschau im Auslande.

In Wien hat sich jetzt ein allfester Wlebergut...

Der norwegische Storting hat zur Wleberaufnahme...

In Sidafrika haben die Bergarbeiter der Goldgruben...

Osterreich: Ein osterreichischer General unter Auflage...

Ungaru: Der ungarische Friedensvertrag unterzeichnet...

Russland: Die Niederlage der Bolschewisten...

genen und Maschinengefahren fur den Feind zuruckge...

Aus Stadt und Land.

Stillelegung der Genernte? Im Kreise Pyritz...

Die Aufrichtigkeit auf dem platten Lande...

Raubmord im Schnellzug...

Eigene Briefmarken fur das Memelgebiet...

Eine harrnische Wahlversammlung...

Sport und Verkehr.

Die Bedrohung des deutschen Luftschiffbaues...

Die neue Stuttgarter Funkstation...

Dienstag abend von Motor...

Rissen verloren...

Ein Paar weisse Schuhe...

Wer erteilt Unterricht in Englisch?

Grasmaher...

Hermisdorfer Weiskaff...

Ein Herren- und ein Damenrad...

Dippoldiswalde...

Fleisch...

Kaufe Schlachtpferde...

Das Fest der Nacht...

2 Acker Wiese...

Druckmaschinen...

Sprechstunden...

approx. Zahnarzt BLUNK...

Zimmermädchen...

Mädchen...

Mädchen...

Das Fest der Nacht...

2 Acker Wiese...

Mädchen...

Schuhmacher-geselle...

Rind-klappspornwagen...

Stellung in Privat...

Stellung in Privat...

Stellung in Privat...

Sommer-Theater Dippoldiswalde (Stern).

Mag auch die Liebe weinen...

Merino- u. ostfriesische Lämmer...

Wir haben heute in aller Stille unsern Herzeng...

Dora Gonnert Georg Bergmann-Heide Verlobte...

Für die anlässlich unserer Vermählung erwiesenen Glückwünsche...

Der neue Sommer-Wand-Fahrplan...

Zurückgekehrt vom Grabe unserer teuren, unvergesslichen Gattin...

Banline Rchüttig geb. Piesch...